eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 09/2025 vom 30.09.2025

Politisches Handeln vor Ort: Bürgerplattformen und Place-Based Community Organizing

Tobias Meier

Das lokale Gemeinwesen spielt für politisches Handeln eine bedeutende Rolle: hier findet sich die Lebenswelt der Menschen wieder, hier gestalten sie ihren Alltag und hier merken sie auch am schnellsten, was nicht funktioniert. So finden sich in der Kommunalpolitik auch oftmals diejenigen Themen wider, die immer wieder vor Ort erfahren werden und bei denen ein Änderungsbedarf gesehen wird. Es sind der Zustand von Fahrradwegen, die Qualität von Schulgebäuden, Fragen der finanziellen und sozialen Unterstützung oder zur Entwicklung der bebauten und unbebauten Flächen, die vor Ort diskutiert werden und die in einem demokratischen Sinne miteinander entwickelt werden sollen.

Doch nicht immer gelingt es, die Gesamtheit der Probleme und Herausforderungen in einem guten Sinne aufzugreifen, manchmal aus finanziellen, manchmal aus organisatorischen und manchmal aus politischen Gründen. So stellt die Haushaltsituation viele Kommune vor die Herausforderung, mit geringeren Mitteln ihre Aufgaben zu erfüllen oder sogar zusätzliche zu übernehmen oder es sind verschiedene Zuständigkeiten von verschiedenen Verwaltungsteilen oder den Ebenen von Kommune, Land und Bund, die zusammenwirken müssen, um ein bestimmtes Problem zu lösen. Zuletzt kommt das Ringen um politische Lösungen nicht immer bei den Bürger/innen an, zu entfernt sind für manche Bevölkerungsgruppe und Stadtteile die Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung, eine Verbindung von Problem und politischem Prozess scheint entkoppelt. Wenn diese Situation anhält, führt sie zu Frust bei allen Beteiligten und oftmals auch dazu, die Sinnhaftigkeit der demokratischen Prozesse grundsätzlich zu hinterfragen.

Damit dies nicht passiert, braucht es alternative Teilhabemöglichkeiten, die auch in schwierigen Situationen demokratische Handlungsfähigkeit zu erhalten. Es ist der Grundgedanke einer deliberativen Demokratie, der hier zugrundzulegen ist, in der nicht nur über Wahlen, sondern über das tätige Mitwirken der Bürger/innen eine tiefe Verankerung demokratischer Prozesse geschaffen wird (1). Ausprägungen hiervon sind bereits in den Kommunalverfassungen vorgesehen, beispielsweise durch Beiräte für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Senior/innen, Jugendliche, Ausländer), aber auch ergänzende Verfahren der Bürgerbeteiligung im Rahmen Sozialer Arbeit, Raumplanung und Großereignissen können hier benannt werden (2). Hierdurch, so der Grundgedanke, werden Bürger/innen, jenseits von Wahlen, die Möglichkeiten und Grundsätze demokratischer Mitbestimmung bewusst und es können weitere Interesse und Kenntnisse in die politische Entscheidungsprozesse eingespeist werden. Auch hinsichtlich einer zunehmenden Frustration mit Politik und Verwaltung wird hierin ein Potenzial gesehen: so schlägt der Soziologe Steffen Mau in seinem jüngsten Buch vor, vor dem Hintergrund eines zunehmenden Rechtspopulismus Bürgerräte als ergänzende Beteiligungsformate und »politische Talentschmieden« zu etablieren. (3)

In diesem Kontext ist auch das Community Organizing zu verorten, ermöglicht es doch, sich in diesem Sinne in lokale Politikprozesse einzubringen und Themen der Bürger/innen erstmalig oder neu in den Diskurs zu bringen. Dabei wird im Community Organizing vor allem auf die Schaffung von Beziehungen und dem

Bewusstmachen von Macht Wert gelegt. Es reicht eben nicht nur aus, die politischen Prozesse zu kennen, sondern es muss sich damit beschäftigt werden, wie diese auch über eine längere Zeit in Bewegung gehalten werden können. Hierfür bietet das Community Organizing bestimmte Methoden wie das interessenorientierte Beziehungsgespräch, Kleingruppengespräche, Machtanalyse, Storytelling und Aktionen an (4):

- Einzelgespräche: Als Einzelgespräch (englisch: one-on-one) ist diejenige Methode zu beschreiben, die in einem persönlichen Gespräch zwischen zwei Personen Interessen, Motivationen des jeweiligen Handelns sowie Frustrationen bisherigen Handelns erkunden möchte. Diese Methode wurde erstmals in den USA entwickelt und ist in allen CO-Vorhaben weltweit vorzufinden.
- Kleingruppengespräche: Das Kleingruppengespräch (englisch: housemeeting) hat zum Ziel, die Interessen und Lebenssituationen von Menschen in ihren Sozialräumen kennenzulernen. Analog zum Einzelgespräch werden die Teilnehmenden auch hier gebeten, von ihren Interessen, Motivationen und Frustrationen zu berichten, es werden aber auch mögliche erste Themen gemeinsamen Handelns zusammengetragen.
- Storytelling: Bei der Ansprache von Schlüsselpersonen und dem Verhandeln von Themen spielt das Storytelling eine bedeutende Rolle. Hierdurch werden alltäglichen Erfahrungen der Schlüsselpersonen in Wort und Geschichten gebracht und es wird interpersonal möglich, die individuellen Erfahrungen in ihre Tiefe und Gesamtheit wahrzunehmen.
- Machtanalyse: Als Machtanalyse (englisch: power analysis) werden systematisierte Erhebungen zu den Entscheidungsstrukturen im lokalen Gemeinwesen bezeichnet. Als anwendungsbezogene Form der Netzwerkanalyse baut die Machtanalyse dabei auf das Wissen der lokalen Bevölkerung sowie auf öffentlich und teilöffentlich zugängliche Informationen zum politischen Beziehungsgeflecht in der Stadt. Mit dem Wissen der Machtanalyse können Verhandlungen an die richtigen und zuständigen Personen gerichtet werden.
- Aktion: Als öffentliche Aktionen sind öffentliche Verhandlungen eines CO-Vorhabens zur Erhöhung des Drucks auf Entscheidungsträger oder zur Aktivierung weiterer Ressourcen zu verstehen. Eine Aktion zeigt sich meist in Form einer öffentlichen Versammlung der Mitwirkenden eines CO-Vorhabens.

Darüber hinaus schafft das Community Organizing ritualisierte Strukturen und Prozesse an, wie in einem lokalen Gemeinwesen politische Ergebnisse erzielt werden können. In der Traditionslinie des Broad-Based Community Organizing (BBC) ist hierfür die Struktur einer Bürgerplattform (englisch community organization) maßgeblich, in dem sich die Mitwirkungsinteressen ähnlich wie in einem Bürgerrat kondensieren.

Was ist eine Bürgerplattform?

Die Community Organizerin Lina Jamoul beschreibt eine Bürgerplattform als eine »dauerhafte Allianz vielfältiger Institutionen der Zivilgesellschaft, die an bestimmten Orten soziale und ökonomische Veränderungen bewirkt und um Verlauf Bewohner zu Bürgern macht« (5).

Als Basis des Engagements werden in einer Bürgerplattform Institutionen angesehen, die als kumulierter Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Werte und Interesse gelten und wiederum eine Vielzahl an Menschen und Interessen vertreten. Dies scheint der bekannten Systematik des deutschen Korporatismus zu entsprechen, in dem bereits seit Gründung der Bundesrepublik organisierte Interessen in Form von Vereinigungen (gesellschaftlicher Gruppen, von Wirtschaftsbereichen, etc.) in politische Prozesse eingebunden werden. In einer Bürgerplattform geht es in Abgrenzung dazu aber nicht darum, eine bestimmte Repräsentanz von abgrenzbaren

Interessen abzubilden, sondern vielmehr die Vielfalt lokaler Gemeinwesen mit dem Ziel einer Mitwirkung an politischen Prozessen abzubilden. Insofern sind die mitwirkenden Institutionen seltener Interessengruppen bestimmter Themenbereiche, sondern oftmals Gruppierungen, die ein eher allgemeines Interesse und grundsätzliches Interesse an der Stärkung des lokalen Gemeinwesens haben.

Abbildung 1: Die Bürgerplattform Stark! im Kölner Norden. © Organizing Germany

So engagiert sich Allahdoum Boulo-Moulkohg seit Anfang an in der Bürgerplattform *Stark! im Kölner Norden* mit seinen Vereinen *Association des Ressortissants Tchadiens en Allemagne e.V.* (ARTA) und dem *Förderverein für afrikanische Bildungsarbeit e.V.* (FAB) und möchte daran mitwirken, dass eine »Paradigmenwechsel« in der Sichtweise auf multikulturelles Miteinander und hinsichtlich des Afrikabildes einsetzt. Vor diesem Hintergrund hat er die Gründung des Haus Afrika als Kampagne und Initiative im Kölner Norden angeregt und auch andere Kampagnen der Bürgerplattform tatkräftig mit unterstützt. Auch Marita Heider engagiert sich im Rahmen ihrer Pfarrei und später als Teil der Gruppe Stern – eine katholische Stimme im Kölner Norden in der Bürgerplattform *Stark! im Kölner Norden*. Die Erfahrungen, die sie in der Bürgerplattform gemacht hat, sieht sie auch als Bereicherung anderer ehrenamtlicher Vorhaben. So hat sie parallel eine Projektgruppe zur Schaffung eines Sternenkinderfriedhof in Köln-Roggendorf/Thenhoven geleitet und beschreibt den Mehrwert von Community Organizing so: »ohne die Arbeit in der Bürgerplattform hätte ich dieses ehrenamtliche Projekt nicht in dieser Form umsetzen können. Die Erfahrungen die ich dort gesammelt habe, haben von der Konzeptentwicklung bis zur Finanzierung und Umsetzung auch zum Gelingen des Sternenkinderfriedhofs maßgeblich beigetragen.« (6)

Hinsichtlich der Themen und gewünschten Veränderungen ist eine Bürgerplattform grundsätzlich offen. Dies ist eine Widerspiegelung der notwendigen Flexibilität immer wieder diejenigen Themen zu erkennen, die

im Gemeinwesen nicht vorankommen und nicht anderweitig bereits erarbeitet werden. Nur dann kann eine Bürgerplattform auch über die Zeit und über ein Thema hinaus bestehen und einen Mehrwert zu bestehenden politischen und Beteiligungsprozessen bieten. Dies unterscheidet eine Bürgerplattform dann auch zu anderen etablierten Strukturen der Kommunalpolitik indem sie eben nicht nur beratend (wie Beiräte) oder projektbezogen (wie Formate der formellen oder informellen Bürgerbeteiligung) agiert, sondern eigene Themen und Schwerpunkt setzt. Hinsichtlich der Kommunalpolitik erfüllt sie meist die Funktion eines Komplements, das dort ansetzt, wo eine Teilhabe- oder Umsetzungslücke besteht (7).

Dies zeigt sich besonders in Schöneweide, wo seit 1999 verschiedene Kampagnen zu lokalen Themen umgesetzt wurden. So zieht Michael Kleineberg, der bereits seit 1994 in der Betroffenenvertretung des Sanierungsgebietes aktiv und bis heute mit seiner Initiative »Schöneweider Ufer« Teil der lokalen Bürgerplattform ist, ein positives Fazit: »Durch das Organizing wurden Dinge erreicht, die man so nicht für möglich gehalten hatte.« Zu den Erfolgen zählen zum Beispiel die Ansiedlung der Hochschule für Technik und Wirtschaft (Erstbezug 2006), die Wiedererrichtung der Fußgängerbrücke Kaisersteg (Eröffnung 2007), der Lärmschutz an der neuen Spreebrücke (Eröffnung 2017), die Einrichtung des Tram-Kehrgleises (Inbetriebnahme 2014) oder die Rettung von Berlins ältester Spree-Fähre (2018), nur 600 m von der neuen Spreebrücke entfernt.

Damit diese Mitwirkung an lokalpolitischen Themen gelingen kann, ist es notwendig, dass Bürgerplattform eine breite Bandbreite an Institutionen widerspiegeln und sich auch quer zu bestehenden Koalitionen konstituieren. Die ehemalige Community Organizerin der Bürgerplattform **Stark! im Kölner Norden** Neele Behler hat dieses Ideal als »ungewöhnliche Koalitionen« bezeichnet. Wenn dies gelingt, hat dies einen großen Vorteil: so findet eine erste Interessenklärung bereits in der Zivilgesellschaft statt und kann dann mit gebündelter Kraft in den politischen Prozess eingespeist werden.

Politik und Verwaltung sind in einer Bürgerplattform formal nicht beteiligt. Zu oft entsteht sonst ein Ungleichwicht der Ressourcen zwischen organisierter Stadtpolitik und der Vielfalt der Zivilgesellschaft. Dies soll verhindert werden und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit gegeben werden »ihre Hausaufgaben zu machen« (so der Community Organizer Prof. Dr. Leo Penta). Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass eine Bürgerplattform Politik und Verwaltung feindlich oder ablehnend gegenübersteht, im Gegenteil wirken oftmals die Institutionen der Bürgerplattform in einem guten Sinne an anderen Teilhabestrukturen mit oder sind selbst mit Menschen aus Politik und Verwaltung eng verbunden. Es wird eher der Bedarf gesehen, dass in denjenigen Gemeinwesen, in denen eine Bürgerplattform entsteht, der Bedarf ergänzender oder alternative Teilhabeformate besteht. Meist ist es auch einfach der Bedarf einer räumlichen und funktionalen Differenzierung der Teilhabestrukturen, der zur Gründung einer Bürgerplattform führt (8).

Kampagnenarbeit in Bürgerplattformen

In der Arbeit mit Bürgerplattformen wird durch Community Organizer/innen immer wieder der Spruch genutzt »Aktionen sind der Sauerstoff von Bürgerplattformen«. Denn nur wenn die Interessen der Menschen vor Ort regelmäßig zusammengeführt und in den öffentlichen Diskurs gebracht werden, wird dem Ziel einer Bürgerplattform entsprochen und entfaltet sie Relevanz.

Damit das gelingen kann, wird in Bürgerplattformen ein Aktionskreis durchlaufen, um diesen öffentlichen Diskurs zu ermöglichen und eine erste Strukturierung des politischen Handelns zu bieten (9).

Abbildung 2: Aktionskreislauf im Community Organizing. © Organizing Germany

Zu Beginn des Aktionskreislaufs steht die Themenrecherche. Hierfür werden die Interessen und Themen aus den Gruppierungen gesammelt und anhand von persönlichen Geschichten ausgetauscht. Hierbei stehen oftmals die Fragen im Mittelpunkt, womit die Menschen im Alltag zu kämpfen haben und welche Erfahrungen im Gemeinwesen vorhanden sind. Methodisch werden hierfür Einzelgespräche und Kleingruppengespräche genutzt. Menschen sollen möglichst persönlich, nahe an ihrer Sprache und ihrer Erfahrung von ihren Themen und Erfahrungen berichten und dies in einem Austausch mit anderen bringen. Hieraus ergeben sich meist erste Überschneidungen und Themenbereiche, die dann in Folge auf ihre Machbarkeit untersucht werden. Hierfür wird die Methode der Machtanalyse genutzt, um herauszufinden, ob diese Themenbereiche grundsätzlich in die Verhandlung zu bringen sind. Diese erfolgt dialogisch innerhalb der Bürgerplattform und untersucht einerseits wer die Macht und Bereitschaft zu Veränderungen in diesen Themen hat und andererseits welche Macht die Bürgerplattform in diesen Prozess einbringen kann. Nur wenn eine grundsätzliche Machbarkeit gesehen wird, wird ein Thema weiterverfolgt und vertieft. In dieser Phase gilt es auch, erste Lösungen zu skizzieren, die in den politischen Prozess eingespielt werden können, hierfür ist es nötig, die Interessen der Stakeholder zu klären und weitere Verbündete zu finden.

Wenn in den Themenrecherchen machbare Themen und Lösungen gefunden wurden, werden diese in Form von öffentlichen Aktionen in den politischen Prozess eingebracht. Meist werden hierfür Entscheidungsträger in kleinem oder großem Kreis zum Gespräch eingeladen. In diesen Gesprächen werden dann die Themen öffentlich benannt und eine Bereitschaft zur Mitwirkung an Lösungen eingefordert. Die Ergebnisse werden in Anwesenheit der Bürgerplattform und weiterer stadtpolitischer Gäste festgehalten und dann so konkretisiert, dass sie im Nachgang nachverfolgt werden können. Oftmals ist es hierfür nötig, als Gesamtversammlung der Bürgerversammlung mit 100-400 Menschen zusammenzukommen, um eine öffentliche Wahrnehmung zu erzeugen und die Relevanz für das lokale Gemeinwesen deutlich zu machen. Als Taktik wird hierbei der Grundsatz des Personalisierens und Polarisierens genutzt. Zwar ist auch der Bürgerplattform bewusst, dass Themen meist

Abbildung 3: Aktion der Berliner Bürgerplattformen zu Muslimischen Gräberfeldern. © Organizing Germany

nicht nur durch eine Person bewegt werden können, sie fordert aber von denjenigen Personen, die formal dafür zuständig sind, ein, dass sie den Veränderungsprozess maßgeblich voranbringen und sich dafür auch gegenüber der Bürgerplattform und der Öffentlichkeit rechtfertigen müssen (»Personalisieren«). Gerade wenn diese Bereitschaft nicht besteht, ist die Bürgerplattform aber auch bereit, dies zu eskalieren und durch weitere Aktionen das Bewusstsein für Veränderungsprozesse zu erhöhen (»Polarisieren«). Die Formen der Eskalation sind dabei vielfältig und schließen kreative Formen des Protests und Meinungsäußerung mit ein.

Wenn nun eine Lösung vereinbart und umgesetzt wurde, so gilt es diese auch zu feiern und öffentlich festzuhalten. Hierfür ist eine klare Kommunikationsstrategie mit allen Beteiligten zu verfolgen und auch festzuhalten, welchen Teil die Bürgerplattform dabei spielte. Hierfür kann erneut eine Aktion genutzt werden.

Am Ende einer Kampagne aber auch bei allen Zwischenschritten ist es zudem grundlegend, dass regelmäßige Auswertungen integriert werden, in denen Ziele und Verlauf der Aktionen sowie nächste Schritte mit den Menschen aus der Bürgerplattform besprochen werden. Nur dann wird eingelöst, was Lina Jamoul als Teil einer Bürgerplattform ansieht: Bewohner/innen zu Bürger/innen zu machen. Hier sind vor allem die Community Organizer/innen gefordert, diesen Prozess zu unterstützen und in Vor- und Nachbereitung der Themenrecherchen sowie in der Gestaltung der Aktionen solche Lernprozesse zu initiieren.

Zuletzt ist noch festzuhalten, dass Politik und Verwaltung in den Kampagnen oftmals als Verhandlungspartner oder Gegenüber festgestellt werden. Dies ist in der Realität vielfältiger, setzt sich das Miteinander aus Bürgerplattform und Verbündeten je nach Kampagne doch immer wieder neu zusammen. Hier trifft der Leitspruch »Keine ewigen Verbündeten, keine ewige Gegnerschaft« besonders zu und soll ausdrücken, dass Politiker/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen in einem Thema Verhandlungspartner und in einem anderen Themen, aufgrund gleicher Interessen, Verbündete sein können. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn die Bürgerplattform überparteilich ist und immer wieder neu ausjustiert, wie und mit welchen Partnern Themen erfolgreich bewegt werden können. Zuletzt ist festzustellen, dass keine Kampagne einer Bürgerplattform bisher erfolgreich war, wenn nicht zumindest einige Verbündete in den Kommunalverwaltungen verortet waren (10).

Sozialraum neu denken: Place-Based Community Organizing

Bereits seit einigen Jahrzehnten findet im Community Organizing eine Diskussion statt, welche Rolle das lokale Gemeinwesen spielt und ob der sehr lokale Ansatz im BBCO eigentlich eine Zukunft hat.

Hintergrund hierfür ist die Feststellung, dass viele Themen auf einer überregionalen Ebene entschieden werden und nicht immer genug Macht in Bürgerplattformen und ihren Verbündeten angesammelt werden kann, um Veränderungsprozesse anzustoßen. Auch ist die Frage, inwiefern globale und zukunftsweise Themen wie

strukturelle Diskriminierung oder soziale Gerechtigkeit in solch einer Struktur behandelt werden können (11). Diese Problematik wird zur Kenntnis genommen und von den Community Organizing-Netzwerken unterschiedlich bearbeitet. So finden sich Netzwerke, die überregionale Strukturen schaffen und so eine Verbindung zwischen lokalen und überregionalen Themen und Kampagnen schaffen (12). Dies wird aber durchaus kritisch gesehen, da dadurch vielfach repräsentative und weniger direktdemokratische Prozesse des politischen Mitwirkens entstehen und Menschen vor Ort schwieriger oder gar nicht eingebunden werden können. Diese Problematik wird dadurch noch verschärft, dass viele Institutionen von einer ähnlichen Problematik stehen und selbst innerhalb einer Bürgerplattform nicht mehr diesen Transfer der Ebene leisten können. Aus Sicht des BBCO wird deshalb meist eher die Strategie verfolgt, sich auf diejenigen Themen zu beschränken, die lokal lösbar sind und sich für die anderen Themen mit überregionalen Verbündeten zusammenzutun (13).

Eine weitere Überlegung ergibt sich aus dem Strukturwandel im Ehrenamt, der es immer schwerer macht, eine Mitwirkung von Menschen innerhalb von Institutionen und an politischen Prozessen jenseits des Alltags zu etablieren. So zeigt der letzte Freiwilligensurvey von 2019 zwar eine generelle Zunahme an Ehrenamt, aber eine starke Abnahme der Bereitschaft formale Funktionen und Verantwortungspositionen zu übernehmen (14). Gerade vor dem Hintergrund der eingangs beschriebener Entkoppelung von Alltag und politischen Prozessen ist dies sehr besorgniserregend. Dies trifft vor allem auch die beiden großen Kirchen in Deutschland, die durch einen massiven Mitgliederschwund geprägt sind und auch in Bezug auf ihre Finanzen vor umfassenden Umwälzungen stehen. Im Bewusstsein, dass gerade religiöse Gruppierungen in vielen Bürgerplattformen eine Mehrzahl aus Gruppierungen ausmachen, hat diese Entwicklung auch für die deutschen Bürgerplattformen massive Auswirkungen.

Diese beiden Entwicklungslinien gilt es aufzugreifen und zu überlegen, wie diese in die Strukturen der Bürgerplattform integriert werden können. Wie bei vielen analogen Prozessen gilt es auch hier, trotz der Kritiken und Schwierigkeiten den Ansatz nicht komplett zu verwerfen, sondern eher geschichtsbewusst und in einer konzeptionellen Offenheit weiterzudenken. So ist durchaus weiterhin eine Relevanz des lokalen Gemeinwesens zu sehen und zumindest in Deutschland immer noch eine starke Stellung der Kommunen festzustellen. Diesen Wert gilt es zu bewahren und Bürgerplattformen wie bisher im lokalen Gemeinwesen politisch zu verorten. Auch um weiterhin »politisches Talent« (Steffen Mau) zu finden und Menschen für politisches Handeln auf allen Ebenen fit zu machen. Damit dies gelingen kann, kann aber nicht nur auf Institutionen aufgebaut werden, sondern es muss die komplette Breite des Engagements vor Ort und miteinander ermöglicht werden. Im CO-Netzwerk Organizing Germany (15) hat sich daraufhin der Ansatz des Place-Based Community Organizing (neu) etabliert, der nicht nur Institutionen, sondern auch Einzelpersonen die Mitwirkung ermöglicht (16). Auch hierbei soll aber weiterhin der relevanten Mitwirkung einer Breite von Menschen aus dem lokalen Gemeinwesen entsprochen werden, so dass es nicht ausreicht, einfach einzelne Menschen in den Bürgerplattformen zu organisieren. Um dies zu gewährleisten wird deshalb angestrebt, dass sich ein Promille des lokalen Gemeinwesens individuell oder über die Institutionen in der Bürgerplattform engagiert. Engagement bedeutet, dass sich diese Menschen mit Zeit und Geld einbringen, wobei die Summe und das Verhältnis dieser beiden Elemente unterschiedlich hoch sein kann. Wichtiger ist hierbei, dass auf dieses Engagement gebaut werden kann und eine neue Form des integrierten Organisierens vor Ort gelingen kann.

Aufseiten der Institutionen ist zudem neu zu überlegen, ob die traditionellen Partnerschaften mit den Religionsgemeinschaften nicht auf andere gemeinwesenorientierte Gruppierungen ausgeweitet werden sollten. Hier könne Bürgervereine, Initiativgruppen, Migrantenselbstorganisationen oder Wohnprojekte als Potenziale benannt werden. Erfahrungen aus den USA und Großbritannien zeigen zudem ein großes Potenzial darin,

langfristige und strategische Partnerschaften mit Hochschulen einzugehen. Dort findet sich vielfach das Potenzial mit immer neuen Menschen diejenigen Themen zu besprechen, die für das lokale Gemeinwesen relevant sind. Hochschulen bieten zudem auch das überregionale Netzwerk, um Themen über das lokale Gemeinwesen hinaus zu recherchieren und in den Diskurs zu bringen. Dieses Potenzial ist für Deutschland besonders hoch, da Community Organizing an vielen Hochschulen für angewandte Wissenschaft in der Sozialen Arbeit/Gemeinwesenarbeit gelehrt wird und auch Möglichkeiten für eine praxisnahe Ausbildung bereits im Studium gegeben sind (17).

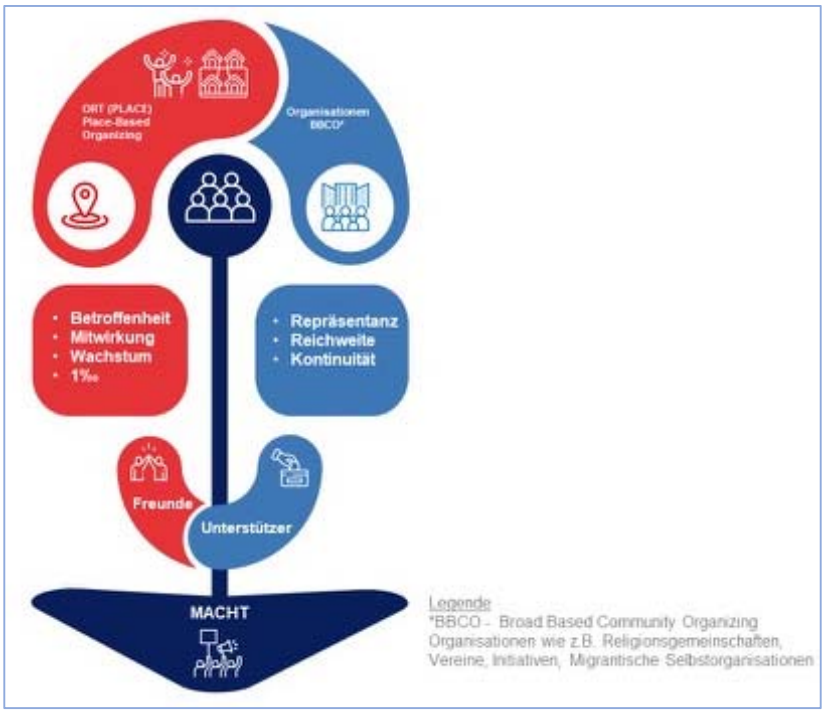

Abbildung 4: Schaubild Place-Based Community Organizing. © Organizing Germany

Diese strategische Neuausrichtung bedeutet auch eine Veränderung der Rollen von Community Organizer/innen von einer organisatorischen Begleitung der Bürgerplattformen hin zu einem Mentoring und zu Lernpartnerschaften mit einer Vielzahl an lokalen Schlüsselpersonen. Nur durch Vervielfältigung der Aktionen und Beziehungsprozesse kann es gelingen, diese neue Breite zivilgesellschaftlichen Engagement zu etablieren und diese unabhängig von einzelnen Akteuren zu verankern.

Ausblick

Im Zuge aktueller Herausforderungen werden Bürgerplattformen immer noch als sinnvolles Instrument gesehen, um lokale Mitwirkung und politisches Lernen zu etablieren. Dieses muss sich aber auf aktuelle Veränderungen im politischen System und Ehrenamt einstellen. Die Erweiterung des sozialräumlichen Ansatzes sowie

die Integration von neuen Partnerschaften kann dabei ein zukunftsfähiger Ansatz sein.

Darüber hinaus gilt es auch, die Beziehungen zwischen den CO-Ansätzen und -Netzwerken zu stärken, müssen doch alle eine Lösung für diese Herausforderungen finden. Übertragbarkeiten und gegenseitige Lerneffekte ergeben sich dann in einem guten Sinne aus diesem Austausch. Dies gilt in gleichem Maße auf internationaler Ebene, wo in allen Gemeinwesen ein Umgang mit zunehmendem Rechtspopulismus gefunden werden muss.

Hinweis

Der vorliegende Beitrag ist folgender Publikation entnommen:

Stiftung Mitarbeit & FOCO e.V. (Hrsg.) in Kooperation mit DICO: Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 58, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2025 (i.E.), ca. 370 S., ISBN 978-3-941143-53-1.
Vorbestellungen sind ab sofort möglich unter: verlag@mitarbeit.de.

Anmerkungen

(1) Für eine detaillierte Beschreibung der Wesensmerkmale der deliberativen Demokratie siehe Schmidt, Manfred G. (2000): Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 251ff.; Schmidt bezieht sich dabei auf die politische Philosophie von Jürgen Habermas, unter anderem auf folgende Publikationen: Habermas, Jürgen (1999): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M. und Habermas, Jürgen (1999): Drei normative Modelle der Demokratie. In: Jürgen Habermas [Hrsg.], Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur Politischen Theorie, Frankfurt/M. 1999, S. 277-292.

(2) Meier, Tobias, Bürgerbeteiligung | socialnet Lexikon https://www.socialnet.de/lexikon/Buergerbeteiligung (Abruf 26.1.25).

(3) Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt, Berlin.

(4) Meier, Tobias/ Penta, Leo/ Richter, Andreas (Hrsg.) (2022): Community Organizing. Eine Einführung, Weinheim/Basel, S. 297 ff.

(5) Jamoul, Lina (2022): Wie funktioniert eine Bürgerplattform? In: Tobias Meier/ Leo Penta/ Andreas Richter (Hrsg.), Community Organizing. Eine Einführung, Weinheim, Basel, S. 195

(6) Mehr zum Engagement von Allahdoum Boulo-Moulkohg und Marita Heider jenseits der Bürgerplattform unter https://hausafrika.de/ und https://einsternenkind.wordpress.com/.

(7) Meier, Tobias (2024): Community Organizing und kommunale Religionspolitik in der postsäkularen Stadt, Münster, S. 169.

(8) Meier, Tobias (2024): Community Organizing und kommunale Religionspolitik in der postsäkularen Stadt, S. 158.

(9) Meier, Tobias/ Penta, Leo/ Richter, Andreas (Hrsg.) (2022): Community Organizing. Eine Einführung, Weinheim/Basel, S. 307ff.

(10) Meier, Tobias/ Richter, Andreas (2024): Together for the Common Good. Community Organizing und Gemeinwohl, in: RaumPlanung (225/1/2024), S. 27-31.

(11) Delgado, Gary (1999): Beyond Politics of Place: New Directions in Community Organizing, Chardon.

(12) Diese Entwicklung lässt sich beispielsweise beim CO-Netzwerk People's Action beobachten, ähnliche Entwicklungen nahm auch das CO-Netzwerk ACORN, bevor es sich nach öffentlichen Kontroversen im Jahr 2009 aufgelöst hat.

(13) Beispielhaft hierfür siehe Kleidman, Robert (2004): Community Organizing and Regionalism, in: City & Community 3 (2004), S. 403-421.

(14) Bundesministeriums für Familie; Senioren; Frauen und Jugend (2019): Freiwilliges Engagement in Deutschland.

(15) Organizing Germany ist ein Netzwerk aus verschiedenen Institutionen, die teils rechtlich, vor allem aber inhaltlich miteinander verbunden sind. Gemeinsames Ziel ist die Verbreitung und Weiterentwicklung des Community-Organizing-Ansatzes oder der Community-Organizing-Kultur. Gemeinsam bilden sie ein

Kompetenzzentrum für Broad Based Community Organizing (BBCO) und den Aufbau von Bürgerplattformen auf breiter gesellschaftlicher Basis in Deutschland, siehe www.organizing-germany.de.

(16) Place-Based Community Organizing ist in den USA ein durchaus geläufiger Begriff und beschreibt dort eher allgemein die Verortung des Community Organizing an einem bestimmten Ort oder einem Gemeinwesen – auch im Gegensatz zu thematischen oder überregionalen Aktivitäten. Im Kontext von Organizing Germany wird der Begriff hingegen als Konkretisierung des BBCO genutzt, um deutlich zu machen, dass alle Menschen vor Ort, auch jenseits von Institutionen, repräsentiert werden sollen.

(17) Eine noch laufende Untersuchung durch den Autor und Prof. Dr. Sarah Häseler (KHSB) hinsichtlich der Benennung von »Community Organizing« in den Modulhandbüchern von Studiengängen der Sozialen Arbeit zeigt, dass dieser Begriff in 16 Studiengängen von 15 Hochschulen genannt wird. Dies ist Ausdruck davon, dass Community Organizing in Deutschland meist in der Sozialen Arbeit rezipiert wurde und dort noch eine gewisse Verankerung in der Lehre vorhanden ist.

Autor

Dr. **Tobias Meier** ist Geschäftsführer von Organizing Germany und verantwortet die deutschlandweiten Entwicklungen des Netzwerks. Er arbeitet und forscht zu Stadtpolitik, Gemeinwesenarbeit und Religion. Zu Community Organizing und lokalem Handeln vor Ort hat er mehrere Bücher und Artikel veröffentlicht. Er begann in den 2000er Jahren als Ehrenamtlicher in den Berliner Bürgerplattformen und hat im Anschluss von 2013 bis 2018 die Bürgerplattform Stark! im Kölner Norden aufgebaut und begleitet. Er ist Teil des Boards des European Community Organizin Networks (ECON) und der Redaktion des internationalen wissenschaftlichen Community Organizing Journal (COJ).

Kontakt:
E-Mail: tobias.meier@organizing-germany.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de